

**STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG MÖRFELDEN-WALLDORF**  
Der Stadtverordnetenvorsteher

öffentlich

nichtöffentlich

Mörfelden-Walldorf, 02.05.2017

**DRUCKSACHE NR: 16/0186**

**An die  
Stadtverordnetenversammlung**

**Betr.:      Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FREIE WÄHLER, CDU, DKP/LL,  
GRÜNE und FDP der Stadtverordnetenversammlung vom 27.04.2017  
Resolution – Gebührenfreie Kindertagesstätten**

**Bezug:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf fordert den Magistrat auf, sich mit aller Kraft bei den Regierungen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, dass der Besuch von Kindertagesstätten langfristig gebührenfrei gestaltet werden kann. Dazu sind sowohl die Hessische Landesregierung als auch die Bundesregierung aufzufordern, Eltern und Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten und damit vergleichbare Chancen für alle zu schaffen.“

**Begründung:**

Es ist heute wichtiger denn je, allen jungen Menschen die bestmögliche Bildung und Betreuung von Anfang an zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist es notwendig, langfristig auch den Besuch von Kindertagesstätten gebührenfrei zu gestalten.

Von größter Bedeutung ist es, dass eine Abschaffung der Kitabeiträge mit der Verpflichtung des Landes einhergeht, den Kommunen den Einnahmeausfall auch tatsächlich zu ersetzen. Auch die Bundesregierung ist in die Pflicht zu nehmen, wenn es um die Finanzierung der Kinderbetreuung geht. Nach wie vor darf das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, der zahlt“) nicht außer Acht gelassen werden.

<b>Fraktion am:</b>	<b>Ausschüsse am:</b>	<b>Stadtverordnetenversammlung am:</b>
<b><u>Ergebnis:</u></b>	PBUA	<b><u>Ergebnis:</u></b>
	SKIVA	
	HFA	

So hat die Bundesregierung mit den Gesetzen zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz (seit 1996 für Kinder ab 3 Jahren, seit 2013 für Kinder ab 1 Jahr) zwar in der Sache eine wichtige Voraussetzung, sowohl für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch die Möglichkeit der frühkindlichen Bildung, geschaffen. Es gilt nun, die Städte und Kommunen bei der Finanzierung dieser Aufgabe stärker zu unterstützen.

Daher fordern wir sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung auf, Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten und damit vergleichbare Chancen für alle zu schaffen.

Alexander Best  
Fraktionsvorsitzender SPD

Joachim Rommel  
Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER

Jan Körner  
Fraktionsvorsitzender CDU

Gerd Schulmeyer  
Fraktionsvorsitzender DKP/LL

Andrea Winkler  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis90/DIE GRÜNEN

Carsten Röcken  
Fraktionsvorsitzender FDP